

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donnerst-
tag u. Sonnabend. In-
scriptionspreis: die Klein-
seite 10 Pf.

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock
und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

27. Jahrgang.

N. 133.

Dienstag, den 9. November

1880.

Bekanntmachung.

Nach § 17 der Revidirten Städteordnung sind diejenigen Gemeindeglieder zum Erwerbe des Bürgerrechts **berechtigt**, welche

- 1) die Sächsische Staatsangehörigkeit besitzen,
- 2) das fünfundzwanzigste Lebensjahr erfüllt haben,
- 3) öffentliche Armenunterstützung weder beziehen, noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben,
- 4) unbescholten sind,
- 5) eine directe Staatssteuer von mindestens 3 M. entrichten,
- 6) auf die letzten zwei Jahre ihre Staatssteuer und Gemeinde-Abgaben, Armen- und Schulanlagen am Orte ihres bisherigen Aufenthaltes vollständig berichtigt haben,
- 7) entweder
a. im Gemeindebezirk anässig sind, oder
b. daselbst seit wenigstens zwei Jahren ihren wesentlichen Wohnort haben oder

c. in einer andern Stadtgemeinde des Königreichs Sachsen bis zur Aufgabe ihres bisherigen Wohnsitzes stimmberechtigte Bürger waren. Dagegen sind zum Erwerbe des Bürgerrechts **verpflichtet** diejenigen nach den vorstehenden Bestimmungen zur Bürgerrechts-Erwerbung berechtigten Gemeindeglieder, welche

- A. männlichen Geschlechts sind,
- B. seit drei Jahren im Gemeindebezirke ihren wesentlichen Wohnsitz haben und
- C. mindestens 9 M. an directen Staatssteuern jährlich zu entrichten haben.

Wir fordern daher hierdurch alle Diejenigen, welche **verpflichtet** sind, das Bürgerrecht zu erlangen, auf, sich **bis zum 16. dieses Monats** bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 15 M. — an Rathsstelle zu melden und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die zum Erwerbe des Bürgerrechts **berechtigten** Personen ihre diesbezüglichen Gesuche ebenfalls bis zum 16. dieses Monats bei uns einzubringen haben.

Eibenstock, am 6. November 1880.

Der Stadtrath.
Hofe.

Die Präsidentenwahl in Nordamerika.

Am 4. März 1881 wird James A. Garfield das berühmte weiße Haus zu Washington beziehen und die Herrschaft über die große Union des Westens auf weitere vier Jahre in die Hände der republikanischen Partei gelegt werden, die seit nunmehr zwanzig Jahren das Scepter über den ausgedehnten Staat der neuen Welt führt.

Herr Garfield wird (wenn nicht etwa ein unerwarteter Zwischenfall eintritt) der einundzwanzigste Präsident des in sein 105tes Lebensjahr tretenden nordamerikanischen Staatenbundes sein. Von seinen Vorgängern haben sieben (Washington, Jefferson, Madison, Monroe, General Jackson, der am 14. September 1865 ermordete Abraham Lincoln und General Grant) die Präsidentenwürde zwei Mal bekleidet, — den übrigen ist eine längere als die herkömmliche vierjährige Amtsdauer nicht beschieden gewesen und der vom General Grant unternommene Versuch, den Präsidentenstuhl ein drittes Mal zu besteigen, fruchtlos geblieben. Von 1829 bis 1860 waren (wenn man die kurze und wirkungslose Episode Taylor-Fillmore in Abzug bringt) die unter südstaatlichen Einflüssen stehenden Demokraten die herrschende Partei gewesen, — seit der am Vorabende des großen Bürgerkrieges erfolgten Erwählung Lincoln's haben die Republikaner das Regiment in Händen behalten und die Grundzüge der Centralisation, des Uebergewichts nordstaatlicher Einflüsse und eines möglichst ausgedehnten Zollschutzes das öffentliche Leben der Union beherrscht. Diese Continuität der ein Mal an das Staatsruder gelangten Elemente ist wenigstens zum großen Theil auf die Rücksichtslosigkeit zurückzuführen, mit der die jeweiligen Gewalthaber in Nordamerika ihre Gewalt auszunutzen pflegten. Wer das Kreuz hält, segnet sich, — wer in der Macht ist, beutet dieselbe auch bei Gelegenheit der Wahlen aus und sorgt dafür, daß die bundesstaatliche Staatmaschine im Interesse des Kandidaten der herrschenden Partei arbeite. Seit die Republikaner in den Aemtern sind, hat dieser die Wahlfreiheit fälschende Mißbrauch der Amtsgewalt den denkbar höchsten Grad erreicht. Zur Zeit der Erwählung des gegenwärtigen Präsidenten Hayes hatte dessen demokratischer Rivale Tilden eine Million Stimmen mehr auf sich vereinigt, als der republikanische Kandidat, — die mit der Revision des Zählungsergebnisses betrauten Beamten aber wußten fertig zu bringen, daß ein Theil der für Tilden abgegebenen Stimmen „herausgezählt“ und die Präsidentschaft Hayes proclamirt wurde.

Neben dem Einfluß, den die Parteinahme der unionistischen Staatmaschine für den republikanischen Kandidaten auch dieses Mal auf das Wahlergebnis geübt hat, scheinen die wirtschaftlichen Interessen eine be-

sonders große Rolle gespielt zu haben. Bekanntlich gelten die auf die Aristokratie der ackerbaureibenden Südstaaten gestützten Demokraten von Alters her für Freihändler, während der industrielle Norden den Zollschutz auf die republikanische Fahne geschrieben hat. Obgleich nun die seit zwanzig Jahren aus den Aemtern verdrängte Demokratie das Terrain zu genau gekannt hatte, um mit ihren freihändlerischen Tendenzen offen herauszutreten, und obgleich den von nordischen Glücksrittern vielfach mißhandelten südstaatlichen Elementen zu wesentlich an der Wiederherstellung ihres politischen Einflusses gelegen war, als daß dieselben nicht zu Opfern auf wirtschaftlichem Gebiete bereit gewesen wären, ist es den Republikanern gelungen, die städtischen Wählermassen mit dem Schreckbilde einer Vernichtung der einheimischen Industrie zu Gunsten europäischer Einfuhren zu ängstigen und dadurch zahlreiche schwankende Elemente auf ihre Seite zu ziehen. Weil der demokratische Kandidat General Hancock das Programm mit unterschrieben hatte, nach welchem der künftige Zolltarif allein nach finanziellen Rücksichten geregelt werden sollte, wurde er für einen enragirten Freihändler ausgeschrieben und dadurch im Norden unmöglich gemacht. Nach allen bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist er unterlegen und die Herrschaft der Partei, welche im Herbst 1860 das Regiment der südstaatlichen Demokratie ablöste, auf neue vier Jahre gesichert worden.

Jenseits des Ozeans hat der Protectionismus zu tiefe und zu feste Wurzeln geschlagen, als daß von einem demokratischen Wahlsiege wesentliche Veränderungen des nordamerikanischen Zoll- und Wirtschaftssystems hätten erwartet werden können. Vom Standpunkte der deutschen und europäischen Wirtschaftsbereitschaften erscheint darum ziemlich gleichgültig, welche der beiden großen amerikanischen Parteien die Zügel führt. Ob es der Union selbst zum Vortheil gereichen wird, daß eine und die nämliche Partei ein Vierteljahrhundert alle Kräfte des Staates zu ihrer Verfügung behält, erscheint dagegen höchst fraglich, — um so fraglicher, als die Selbstsucht, Rücksichtslosigkeit und Corruption der Republikaner sich weit über das landesübliche Maß hinaus gesteigert hat, seit dieselben fast ein halbes Menschenalter lang in der Lage gewesen sind, den demokratischen Süden wie eine eroberte Provinz behandeln und ausbeuten zu können und mit Hilfe der stimmsfähig gemachten Negermassen den Einfluß der herrschenden Klassen dieser Landschaften zu vernichten. Daß die heutigen Bestiegen dreißig Jahre lang fast ununterbrochen geberricht und während dieser Zeit durch Uebermuth und Rücksichtslosigkeit die vorhandenen Gegensätze genährt und schließlich auf die Spitze getrieben hatten, ist bekanntlich der Hauptgrund zu ihrem jähen Sturz und zu dem furchtbaren Bürgerkrieg gewesen, der die alte amerikanische Ordnung der Dinge aus

ihren Fugen rückte. Der seitdem an das Ruder gelangten Partei der damaligen Minderheit scheint eine gleich lange Herrschaftsdauer und das gleiche Geschick der eigenen Dicereditirung durch Mißbrauch ihrer Macht vorbehalten zu sein. Haben ähnliche Ursachen auch nicht immer ähnliche Wirkungen, so liegt doch die Erwägung nahe, daß auch diese einseitige Parteiherrschaft, vermöge ihrer langen Dauer, dem Staate und den Staatsangehörigen verderbliche Wirkungen zurücklassen werde.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Das „Berl. Tabl.“ schreibt: Wie wir einer Privatmittheilung aus Hamburg entnehmen, wird der größere Theil der von Hamburg, Altona und Ottensen ausgewiesenen Personen nach Amerika gehen. Da jedoch vor dem 10. November kein direkter Dampfer von Hamburg nach New-York abgegangen wird, gedenken die Ausgewiesenen bis zu der Zeit, in welcher ihre Einschiffung erfolgen kann, in Hamburg, über welche Stadt bekanntlich der kleine Belagerungszustand nicht verhängt worden, sich aufzuhalten. Der Umstand, daß durch die Ausweisung dieser Leute zahlreiche Familien in bitteres Elend gestürzt werden, da ihnen, wenigstens zeitweise, der Ernährer genommen ist, muß die Frage der Unterstützung dieser Armen wieder anregen. Die Sozialisten in Leipzig haben bereits einen Aufruf zu Sammlungen für diesen Zweck erlassen und es ist wohl nicht zu zweifeln, daß auch allenthalben von anderer als sozialistischer Seite Beiträge eingehen werden. Sind doch den Familien der aus Berlin ausgewiesenen Sozialdemokraten, wie der Abgeordnete Fröhliche seiner Zeit öffentlich bezeugt hat, von Reichstagsabgeordneten aller Parteien Geldspenden zur Unterstützung zugegangen. In der That handelt es sich hier um ein Werk der Humanität, dem politische und Klassen-Unterschiede fremd bleiben sollten. Früher, noch bis zum vorigen Winter, wurden derartige Sammlungen polizeilich verfolgt, in der letzten Session hat aber der Reichstag bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes dem § 16 eine Deklaration gegeben, welche jedes polizeiliche Einschreiten zu verhindern geeignet ist.

— Berlin. Die schon seit 2 Jahren in der Ausführung begriffene Idee einer Verbindung der städtischen Hausbesitzervereine Deutschlands zu einem einheitlichen Ganzen, um von einem Centralpunkte aus die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen wirksamer zu verfolgen, scheint der Vollendung entgegen zu gehen. Wie man hört, waren in diesen Tagen aus verschiedenen größeren deutschen Städten Vorstände der bezeichneten Vereine hier vereinigt, um die statutarischen Grundlagen genau zu regeln. Berlin scheint zum Wort ausgerufen zu sein und hier das gemeinsame Direktorium